

II-1429 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6890 IS

1994-07-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Kukacka  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Milliarden-Desaster der DDSG

Der Sonderprüfungsbericht des Rechnungshofes über die  
Donaudampfschiffahrtsgesellschaft zeigt eine besorgniserregende  
wirtschaftliche Entwicklung dieses Unternehmens auf:

- o So stiegen die Subventionen des Bundes von 125 Millionen Schilling im Jahr 1988 auf 419 Millionen Schilling im Jahr 1992 - also mehr als eine Verdreifachung!
- o Die Gesamtsubventionen zwischen 1988 und 1992, die der Steuerzahler zu leisten hatte, beliefen sich auf fast 1,2 Milliarden Schilling.
- o Vorstandsverträge sahen einen sofortigen Anspruch auf Pensionsbezüge und Abfertigungen unabhängig von einer bestimmten Dauer des Dienstverhältnisses vor.
- o Zur Vorbereitung der Veräußerung des Unternehmens mußte der Bund neben dem laufenden Betriebsabgang weitere 520 Millionen Schilling übernehmen, die der Steuerzahler zu tragen hatte.
- o Die Belastung der Steuerzahler aus dem Betrieb der DDSG betrug zwischen 1972 und 1993 4,5 Milliarden Schilling, wobei zwischen 1984 und 1992 1,8 Milliarden Schilling übernommen werden mußten. Für das Jahr 1994 und die Folgejahre ist eine weitere Belastung der Steuerzahler von fast einer Milliarde Schilling zu erwarten.

-2-

Die Schlußbilanz zeigt einen Gesamtverlust bei der vom damaligen Finanzminister Vranitzky unterstützten Anschaffung und auch beim Verkauf des Ausflugsschiffes "Mozart" von fast einer halben Milliarde Schilling.

Ebenso deckte der Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der DDSG vom Juni 1994 grobe Mängel der langfristigen Unternehmenspolitik der DDSG auf. So hatten wesentliche Maßnahmen, wie der Verkauf der DDSG-Cargo Ges.m.b.H. aber auch die Abgabe des Kabinenschiffs Mozart, nicht den gewünschten Erfolg herbeigeführt. Ebenso konnte die Vorgabe des Regierungsübereinkommens 1990, nämlich die Personenschiffahrt der DDSG in Form von gewinnorientierten Tourismusunternehmungen zu führen, bisher nicht erreicht werden. Im Juli 1991 wurden die beiden Geschäftsbereiche der DDSG getrennt, das im darauffolgenden Jahr für die Donau-Reisen erstellte Investmentmemorandum konnte jedoch nicht verwirklicht werden. Im Juli 1993 wurde neuerlich ein Konzept zur Konsolidierung und Sanierung erstellt, welches einen Erstaufwand für die Jahre 1994 bis 1997 von 160 Mio. Schilling bedeutete. Der Rechnungshof brachte in dem Prüfbericht seine Bedenken gegen immer wiederkehrende Finanzmittelzuführungen in Strukturen - deren Nichtannahme durch den Markt unter den gegebenen Verhältnissen bereits hinlänglich erwiesen erschien - vor und erinnerte an die Zielvorgabe der Regierungserklärung, die eine abermalige Belastung der öffentlichen Haushalte ablehnte.

Insgesamt brachte laut Rechnungshofbericht das jahrelange Verharren auf einem - mehrmals als nicht gangbar bezeichneten - Weg der Ausweitung der Geschäftstätigkeit die Inkaufnahme steigender Belastungen des Bundeshaushaltes zwischen 1972 und 1993 von insgesamt 4,5 Mrd. Schilling, wobei für das Jahr 1994 und die Folgejahre eine weitere Belastung der Steuerzahler von

-3-

fast 1 Mrd. Schilling zu erwarten ist. Der Rechnungshof stellte weiters fest, daß auf Grund dieser verfehlten Unternehmungspolitik viel zu spät in ernsthafte Veräußerungsbemühungen eingetreten wurde, und zwar genau zum Zeitpunkt der ungünstigsten Marktposition aller Teilbereiche der Unternehmung. Daraus folgte laut Rechnungshof ein außerordentlicher Zeitdruck und ein nicht optimales Ergebnis der Verhandlungen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

1. Welche Konsequenzen werden Sie gegenüber den für das Milliardendebakel der DDSG Verantwortlichen in Vorstand, Aufsichtsrat und Bundesregierung ziehen?
2. Falls Sie keine Konsequenzen ergreifen wollen, wie begründen Sie diese Ihre Haltung?
3. Wie sieht Ihr Zeitplan für die Veräußerung der DDSG-Donau-Reisen Ges.m.b.H. aus?
4. Welche Zuschüsse und somit Belastungen für den Steuerzahler werden noch jährlich bis zur endgültigen Veräußerung der DDSG-Donau-Reisen notwendig sein?
5. Können Sie eine Garantie dafür abgeben, daß die Privatisierung der DDSG-Donau-Reisen - wie ursprünglich beabsichtigt - bis Ende 1995 abgeschlossen sein wird?

6. Gibt es Berechnungen darüber, ob eine sofortige Liquidation oder die Veräußerung der DDSG-Donau-Reisen wirtschaftlicher ist?
7. Wenn ja, wie lauten diese Berechnungen?
8. Wenn nein, wann werden derartige Berechnungen angestellt?